Herr Allroggen erläuterte, in der Verwaltungsvorlage seien die verschiedenen Modelle der Aufgabenwahrnehmung - auf der einen Seite die gemeinsamen Einrichtung, was die Fortführung der bisherigen Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in den ARGE-Centern bedeute, und andererseits die kommunalseitig verantwortete Aufgabenwahrnehmung entweder im Modell der Kreisoption, in dem der Kreis alleine für die Umsetzung verantwortliche wäre, oder in der Variante der Dezentralisierung der Aufgabe mit Delegation auf die Städte und Gemeinden, in der der Kreis zwar gegenüber dem Bund der verantwortliche Träger bliebe, die Umsetzung aber vor Ort erfolge - mit ihren Vor- und Nachteilen dargelegt worden. Im Rahmen der anstehenden Entscheidung, welches Modell im Rhein-Sieg-Kreis umgesetzt werden solle, sei insbesondere eine Risikoabschätzung vorzunehmen. Es könne also nicht von vornherein gesagt werden, das eine Modell sei aus diesen oder jeden Gründen dem anderen absolut überlegen; alle Modelle enthielten Chancen und Risiken, wobei sich aus fachlicher Sicht der Eindruck verfestige, dass die Option erhebliche Vorteile enthalte.

Im Folgenden stellte er die mit der Tischvorlage (vgl. Anlage 1 der Niederschrift) zur Kenntnis gegebene Entwicklung einiger wesentlicher Zahlen und Fakten im Zusammenhang mit der Aufgabenerledigung im Rahmen des SGB II vor. Ergänzend dazu informierte Herr Allroggen über die neuesten Mitteilungen der ARGE-Geschäftsführung zu den Orientierungsdaten hinsichtlich des Integrationsbudgets für das kommende Jahr, das demnach dann nur noch rund 22 Mio EURO betrage gegenüber rund 31 Mio EURO in 2010, was einen erschreckenden Rückgang von fast 30 % bedeute. Dies werde deutlich reduzierte Leistungen für die Langzeitarbeitslosen im Bereich der Vermittlung zur Folge haben. Für die Jahre bis 2014 sei eine weitere Absenkung des Bundesbudgets in diesem Bereich um vermutlich nochmals rund 25 - 30% vorgesehen. Das Verwaltungsbudget, aus dem die Personal- und Sachaufwendungen zu bestreiten seien, bliebe zunächst unverändert. Gerade in dieser Situation stelle sich natürlich die Frage, ob das Modell der Option nicht ein zu großes Kostenrisiko bedeute. Hierzu sei aber zu sagen, dass der Landrat wiederholt darauf hingewiesen habe, dass der Kreis nicht in wegbrechende Bundes- oder Landesmittel einsteigen werden. Zudem ergebe sich durch eine Kürzung des Integrationsbudgets durch den Bund eine wesentliche Verschlechterung für die Leistungsempfänger, die dann natürlich versuchen dürften, andere Hilfesysteme in Anspruch zu nehmen, insbesondere solche, für die der kommunale Träger zuständig sei. Genau dies zwingt im Grunde noch mehr dazu, genau hinzusehen, wofür die zur Verfügung stehenden Integrationsmittel eingesetzt würden. Dies sei am besten in dem Modell, in dem die Steuerungsverantwortung allein in kommunaler Hand liege, möglich.

Der Vorsitzende dankte für die umfangreichen Informationen, die im Rahmen der weiteren Beratungen sicherlich hilfreich seien. Im Ausschuss bestand Einvernehmen, derzeit noch keine Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss und Kreistag auszusprechen.